Datum: 25.01.2024

Katharina Dröge, Co-Fraktionschefin von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, im Gespräch mit Dirk-Oliver Heckmann

Dirk-Oliver Heckmann: Am Telefon begrüße ich dazu jetzt Katharina Dröge. Sie ist Co-Fraktionschefin von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag. Guten Morgen, Frau Dröge.

Katharina Dröge: Schönen guten Morgen.

Heckmann: Frau Dröge, Verkehrsminister Wissing hat gestern hier im Deutschlandfunk null Verständnis für den Streik gezeigt. Die GDL weigere sich, an den Verhandlungstisch sich zu setzen, stelle einseitig Forderungen auf und untermauere das mit Streikaktionen, und das sei inakzeptabel. Hören wir mal kurz rein:

O-Ton Volker Wissing: „Eine Gesellschaft kann nur erfolgreich sein, wenn jeder seine Rechte auch verantwortungsbewusst wahrnimmt, und ich erwarte von der Gewerkschaft, dass sie Verantwortung übernimmt und an den Verhandlungstisch kommt. Wenn das so festgefahren ist, dass man offensichtlich nicht mehr miteinander reden kann, dann brauchen wir dringend eine Mediation oder ein Schlichtungsverfahren. Aber es gehört auch zur Verantwortung einer Gewerkschaft dazu, wenn man merkt, es geht nicht, man ist nicht bereit, mehr an den Tisch zu kommen, dass man dann selbst auch sagt, wir öffnen uns einer Schlichtung, denn es muss jetzt eine Lösung kommen. Diese Dauerbelastung für die Gesellschaft ist inakzeptabel.“

Heckmann: Verkehrsminister Wissing gestern im Deutschlandfunk. – Und auf die Frage, ob sich sein Appell an die GDL oder auch an die Bahn richte, sagte er folgendes:

O-Ton Volker Wissing: „Diejenigen, die sich jetzt nicht an den Verhandlungstisch begeben, das wäre eindeutig die Seite der GDL. Die Bahn möchte ja verhandeln. Es ist ja nicht Bahnchef Lutz, der die Gespräche verweigert, sondern ganz offensichtlich die GDL.“

Heckmann: Frau Dröge, sehen Sie das auch so, die GDL handelt verantwortungslos und trägt die alleinige Verantwortung?

Dröge: Wenn sich zwei nicht einigen können, dann tragen aus meiner Sicht auch beide die Verantwortung dafür, dass es keine Einigung gibt. Wir haben 3000 unbesetzte Stellen bei den Lokführern. Da muss sich auch die Bahn fragen, ob sie attraktive Bedingungen schafft für diesen so wichtigen Beruf. Aber es ist natürlich so o und das wäre auch mein Appell, dass beide Seiten jetzt schleunigst sich gemeinsam an einen Tisch setzen müssen und eine Lösung finden müssen, denn so ein langer Streik führt zu erheblichen Belastungen für dieses Land, für die Wirtschaft, deren Lieferketten dadurch schwer gestört werden, aber auch für Millionen von Pendlern, die darauf angewiesen sind, morgens zur Arbeit zu kommen. Deswegen: Ich appelliere an beide Seiten, sich an einen Tisch zu setzen und eine vernünftige Lösung zu finden.

Heckmann: GDL-Chef Weselsky sagt allerdings, der Streik sei rechtmäßig und verhältnismäßig, und das haben die Gerichte schließlich auch bestätigt.

Dröge: Genau. Es ist so, dass in Deutschland Gerichte über die Verhältnismäßigkeit von Streiks entscheiden, und das ist in diesem Fall auch passiert. Ein Gericht hat gesagt, dass das verhältnismäßig ist. Trotzdem fragen sich, glaube ich, zurecht viele Menschen, warum so ein langer Streik notwendig ist und nicht erst mal beide Seiten versuchen, miteinander an einem Tisch eine Lösung zu finden. Nur sich E-Mails zu schicken, das überzeugt wahrscheinlich die meisten nicht.

Heckmann: Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow sieht die Schuld bei der Bahn. Er war als Schlichter zweimal unterwegs. Es gebe schlicht kein schlichtungsfähiges Angebot und das Ziel der Bahn sei offenbar, die GDL kaputt zu machen.

Dröge: Wir haben tatsächlich ein Problem mit gesetzlichen Regelungen, die die Große Koalition eingeführt hat mit dem Tarifeinheitsgesetz, was dazu führt, dass die großen Gewerkschaften gegenüber kleineren Gewerkschaften bevorzugt werden, und das ist ein Problem, was wir haben, was jetzt auch bei der Bahn dazu führt, dass wir quasi einen Existenzkampf der GDL betrachten. Wir Grünen haben damals genau vor dieser gesetzlichen Regelung gewarnt. Das ist aus meiner Sicht etwas, was man sich sehr genau anschauen muss und worüber man miteinander noch mal sprechen kann, ob nicht auch die Politik einen Teil der Lösung schaffen kann an dieser Stelle. Ansonsten sehe ich tatsächlich die Verantwortung bei beiden, sich jetzt zu einigen.

Heckmann: Sie sehen die Verantwortung bei beiden und richten Ihren Appell an beide Seiten. – Die GDL hat in einem Schreiben an die Deutsche Bahn ihre Forderungen konkretisiert. Die Bahn lehnte die Vorschläge der GDL aber als Grundlage für weitere Verhandlungen ab. Um noch mal zurückzukommen auf Verkehrsminister Wissing: ist es aus Ihrer Sicht angemessen für einen Bundesminister, so einseitig Position zu beziehen?

Dröge: Meine Haltung habe ich gerade deutlichgemacht und ich würde auch immer raten, als Politik sind wir nicht wirklich Schiedsrichter in einem Tarifstreit, sondern es gibt zurecht eine Tarifautonomie in diesem Land, wo sich Politik ein Stück weit rauszuhalten hat. Und ich finde, von außen zu beurteilen, wer von beiden jetzt den größeren Anteil daran hat – ich tue es nicht, ich würde es auch anderen nicht raten.

Heckmann: Das heißt, Sie sehen diese Positionierung des Verkehrsministers kritisch?

Dröge: Ich kann verstehen, dass ein Verkehrsminister, der sich wünscht, dass die Deutsche Bahn ein sehr attraktives Unternehmen ist für viele Menschen in diesem Land, weil wir die Verkehrswende vorantreiben wollen und wollen, dass die Menschen umsteigen auf die Bahn, hofft, dass dieser Streik schnell zu Ende geht. Aber wie gesagt: Ich würde dazu raten, hier nicht einseitig Partei zu beziehen.

Heckmann: Die Bundesvereinigung der Deutschen Industrie, Frau Dröge, der BDI sagt, es drohten harte Einschränkungen bis hin zu Produktionsausfällen, und der Schaden könnte in den Milliardenbereich gehen, keine Kleinigkeit. CDU-Generalsekretär Linnemann hat jetzt gefordert, dass die Bundesregierung einen Schlichter berufen müsse, wenn es zu keinem Ergebnis kommt. Ist die Bundesregierung dazu bereit?

Dröge: Wir sind auf jeden Fall oder sollten auf jeden Fall dazu bereit sein, alles dafür zu tun, dass es zu einer Schlichtung kommt. Aus meiner Sicht ist das total wichtig, dass beide Seiten jetzt schnell zu einer Lösung kommen, weil Sie haben zurecht darauf hingewiesen, gerade die Schäden für die deutsche Wirtschaft sind bei so einem langen Streik immens, und wir sind gerade in einer angespannten wirtschaftlichen Lage. Deswegen haben wir hier eine besondere Verantwortung, auch schnell zu einer guten gemeinsamen Lösung zu kommen. Das bedeutet aber auch aus meiner Sicht, dass wir uns fragen müssen, wie wir den Berufsstand des Lokführers noch attraktiver machen können, weil tatsächlich werden wir in Zukunft mehr Lokführer brauchen und nicht weniger, und 3000 unbesetzte Stellen führen jetzt schon dazu, dass Züge ausfallen in diesem Land. Dazu kommt noch ein hoher Krankenstand. Das

heißt, wir als Politik wollen auch, dass außerhalb von Streiks die Bahn pünktlich und zuverlässig kommt, und deswegen müssen wir uns schon fragen, wie die Bahn dafür sorgen kann, dass dieser wichtige Beruf attraktiver wird.

Heckmann: Das ist sicherlich ein wichtiger Punkt, aber noch mal konkret nachgefragt: Sollte die Bundesregierung in diesen Konflikt reingrätschen, wenn der sich weiter so fortsetzt, und den beiden Seiten einen Schlichter vor die Nase setzen?

Dröge: Eine Schlichtung kommt ja nur zum Ergebnis, wenn beide Seiten auch bereit sind, am Ende einem Schlichtungsergebnis zuzustimmen, und das heißt, am Ende kann die Politik da nichts bestimmen und sollte sie auch nichts bestimmen, weil das Streikrecht ist ein Recht, das die Tarifparteien haben. Aber vermittelnd einzuwirken auf beide Seiten, das können wir tun.

Heckmann: Es gibt aber Möglichkeiten der Politik, sie haben es gerade auch schon angesprochen, die Rahmenbedingungen zu verändern. In Deutschland, Frau Dröge, da gibt es ja kein Streikgesetz. Die Gerichte entscheiden immer im Einzelfall. Arbeitsrechtlerinnen und Arbeitsrechtler sagen, mit einem solchen Streikgesetz könnten Streiks eingegrenzt werden in besonders wichtigen Bereichen wie zum Beispiel bei der Bahn. Da gibt es Vorbilder aus dem Ausland und auch Vorschläge aus der Wissenschaft. Aber da will die Ampel nicht dran?

Dröge: Ich beobachte das insbesondere bei der CDU, dass immer, wenn ein Streik gerade besonders intensiv ist, sie auf die Idee kommt, dann Streikrechte zu beschneiden, und ich möchte einmal darauf hinweisen, dass wir in Deutschland wirklich über Jahrzehnte eine sehr gute Tarifpartnerschaft haben, dass in Deutschland deutlich weniger gestreikt wird als in anderen Ländern und dass die Gewerkschaften in der Regel sehr, sehr verantwortungsvoll mit diesem Streikrecht umgehen. Deswegen, finde ich, sollte man solche gesetzlichen Fragen erstens nicht anhand eines Einzelfalls diskutieren. Zweitens ist es so, dass die Gerichte die Verhältnismäßigkeit und auch die Auswirkungen eines Streiks berücksichtigen, und genau das haben die Gerichte auch an dieser Stelle getan. Drittens haben diese aktionistischen Verschärfungen, die die CDU dann immer wieder anstrebt, wie beispielsweise beim letzten Mal, wo sie auch vor dem Hintergrund von GDL-Streiks das Tarifeinheitsgesetz so beschlossen haben, zu einer Verschlechterung der Situation geführt, und meine Vermutung wäre, dass alles, was die CDU jetzt überlegt, auch am Ende nicht zu Verbesserungen führt.

Heckmann: Das Tarifeinheitsgesetz stammt aus dem Jahr 2014/15. Unter der damaligen Arbeitsministerin Andrea Nahles von der SPD ist das eingeführt worden unter der Großen Koalition und das sollte die Macht der kleineren Gewerkschaften eigentlich begrenzen. Es besagt, dass für eine Branche der Tarifabschluss der Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern gilt. Viel hat das nicht gebracht, eher im Gegenteil. Es gibt jetzt eine Konkurrenzsituation. Muss man da noch mal ran?

Dröge: Wir Grünen haben genau aus den Gründen damals, 2014/2015 – ich habe das mit den Kollegen im Arbeitsbereich damals auch sehr intensiv diskutiert -, vor dieser gesetzlichen Regelung gewarnt. Erstens, finde ich, ist es richtig, dass Beschäftigte auch die Wahl haben, welcher Gewerkschaft sie sich anschließen, und zweitens führt es an dieser Stelle dazu, dass die GDL als Gewerkschaft, die es schon sehr, sehr lange gibt, hier auch ein Stück weit darum kämpft, weiterhin eine Existenz zu haben und die Mehrheit in bestimmten Bereichen dann auch darstellen zu können.

Heckmann: Also war das kontraproduktiv?

Dröge: Das war kontraproduktiv und wir haben genau aus dem Grund davor gewarnt.

Heckmann: Was schließen Sie daraus? Welche politischen Folgen schließen Sie daraus? Muss man da noch mal ran?

Dröge: Unsere grüne Haltung ist da sehr klar. Wir haben aber dazu keinen Konsens in der Regierung. Sie haben es gesagt, die SPD hat das damals genau so beschlossen, und wir können in einer Regierung nur machen, was alle drei am Ende auch wollen. Deswegen: An dieser Stelle kann ich die grüne Haltung darstellen, aber kurzfristig werden wir da wahrscheinlich zu keiner Veränderung kommen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.